



Sozialdemokratische Partei  
Kanton Graubünden

Partida Socialdemocratica  
Chantun Grischun

Partito Socialista  
Cantone dei Grigioni



## Olympia 2026? – So lieber nicht!

Von Peter Peyer und Philipp Wilhelm

Drei Jahre nach dem Nein zu «Graubünden 2022» sollen wir am 12. Februar 2017 über eine Kandidatur für Olympische Winterspiele abstimmen. Diese Zwängerei ist der Höhepunkt eines eigentlichen Trauerspiels, das sich unter der Regie der Bündner Wirtschaftsverbände mit Schützenhilfe ihrer Fahnenträger im Grossen Rat abspielt.

Nach dem Volks-Nein 2013 lamentierte die Wirtschaft über die Unfähigkeit der Politik. «Jetzt müssen die Unternehmer übernehmen», hiess

## Inhalt

Olympia 2026?	1
Atomausstieg-Abstimmung	5
Grossrat: Bildungsabbau abgewehrt	7
Mitbestimmungsinitiative	8
Concretredaktion in eigener Sache	10
Gemeinderatswahlen	
Domat/Ems	11
Stadtentwicklung Chur West	13
Weitere einseitige Steuer-geschenke	14
Leute: Franco Vasella	15
Letzte Seite	16



## Kant. Abstimmung am 12.2.2017: Olympiakandidatur Graubünden?

es. An die Arbeit machten sich schliesslich 15 VerbandsfunktionärInnen und erstellten in «freiwilliger Arbeit» ein «Grobkonzept». Dieses haben sie bereits jetzt der Regierung zur Weiterarbeit übergeben und schieben somit die Verantwortung der Politik zu. Gebrauchte haben sie für ihre Arbeit 350000 Franken und für weitere Arbeiten mussten bereits 200000 Franken zusätzlich gesprochen werden. Wer glaubt, dass das die Verbände aus eigener Tasche berappen, irrt. Sämtliche Kosten tragen die Steuerzahlenden. Dicke Post, wenn man bedenkt, dass das «Grobkonzept» der Verbände, auf das sich das Dossier der Regierung stützt, bis heute nicht einmal öffentlich ist. Es wird noch dicker: Die Funktionäre haben sich ihre Eigenleistung mit einem stolzen Stundenansatz von 250.-/h anrechnen lassen.

Für solches Geld erwartet man Handfestes. Doch was wird in der Botschaft präsentiert? Ein offensichtlich unvollständiges, unklares und unverbindliches Dossier. Es strotzt vor schönen Worten, Fakten sucht man vergeblich. So ist unklar, wer Host City ist. Ein Sicherheitskonzept gibt es keines. Ein Verkehrskonzept fehlt. Und die Kosten? Ja, wie sollen diese denn ohne Konzept berechnet werden? Wer allfällige Defizite zu tragen hätte, ist ungeklärt. Wichtigste Partnerin soll die Stadt Zürich sein. Diese will aber nicht im OK helfen, will nicht Host City sein, will nichts zahlen und auch keine Anlagen aus- oder neubauen.

Dass Zürich Olympia nicht will, erstaunt kaum. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Bei sämtlichen Winterspielen der letzten 50 Jahre wurden die Kosten überschritten – im Mittel um 137%. Dabei überbordeten nicht nur dubiose Kandidaturen wie die in Sotschi (419%), auch in Vancouver (233%), Turin (79%), Lillehammer (456%) oder Innsbruck (1354%) wurde kräftig über die Stränge geschlagen. Nachhaltige positive Effekte für Wirtschaft und Gesellschaft konnte noch keine wissenschaftliche Studie nachweisen. Kurzfristige Gewinne für Wenige, grosse Defizite, Schulden und Leistungsabbau für Alle? Kein Wunder wird die Liste von Städten in demokratischen Staaten ohne Olympielüste immer länger: München, Hamburg, Stockholm, Oslo, Barcelona und – erst neulich – Rom entschieden sich alle gegen Kandidaturen.

Grösster Risikofaktor bei Olympischen Spielen ist und bleibt der Verhandlungsgegner. Das IOC trägt alles andere als eine saubere Weste. Wohl musste der Sportkonzern nach zahlreichen Absagen Imagepolitik betreiben. In einer einstimmigen Abstimmung und ohne Diskussion beschlossen die IOC-Funktionäre eine Pseudoreform. Die Strukturen blieben gleich und es sitzen nach wie vor dieselben Herren auf denselben Sitzen. Im Sommer wurde in Rio einer von ihnen wegen Korruptionsvorwürfen und Schwarzhandels mit Tickets verhaftet. Die Initianten behaupten, dass das IOC neu dezentrale Spiele



Philipp Wilhelm, Präsident SP Graubünden, Davos



Peter Peyer, Grossrat, Mitglied der grossrätlichen Vorberatungskommission WAK, Trin

zulassen will und dass dadurch mehr bestehende Anlagen genutzt werden können. Genau das wäre prüfenswert. Nur wurde das nicht geprüft und niemand zeigt auf, ob man solche Spiele tatsächlich stemmen kann. Obwohl selbst die Bündner Regierung noch vor kurzem einen mehr zurückhaltenden als begeisterten Eindruck machte, will sie sich heute selber die offenen Kernfragen nicht beantworten. Sie hat das teure und doch löchrige Dossier von den Verbänden übernommen und will es mit einem Kampagnenschwall durch eine Volksabstimmung boxen. Dass von den übrigen drei Schweizer Kandidaturen keine andere eine Abstimmung auf dermassen dürtiger Basis vornimmt, ist der Regierung egal. In Bern schmunzelt man mal wieder über die Bündner. Diesmal leider zurecht!

Hinter vorgehaltener Hand sind für manchen bürgerlichen Politiker im Kanton die Mängel im Dossier offensichtlich. Am Ende wird es aber wohl einmal mehr an der SP sein, das zu sagen, was gesagt werden muss: Olympia 2026? So lieber nicht.

### **Die unheimlichen Promotoren**

Die Botschaft der Bündner Regierung zur Kandidatur für Olympische Winterspiele 2026 strotzt vor «Nachhaltigkeit», respektive zumindest deren Beschwörung in den Bereichen Ökonomie, Ökologie, Technologie und Gesellschaft. Sowohl die Dachorganisationen der Bündner Wirtschaft als auch die bürgerliche Ratsmehrheit im Grossen Rat zeichnen sich aber

durch die permanente Missachtung des Nachhaltigkeitsgebotes aus. Ständige Angriffe auf die Umweltgesetzgebung und die Raumplanung sind eher ihr Ding. Gesellschaftspolitische Anliegen wie Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gleicher Lohn für Mann und Frau, sichere Renten und gerechte Löhne werden regelmässig torpediert. Die Initiative «Für eine grüne Wirtschaft», die eine ressourcenschonende Ökonomie in Verbindung mit neuen technologischen Möglichkeiten verlangte, wurde gerade von den vorstehend erwähnten Kreisen massiv bekämpft. Dasselbe gilt für die Vorlage über den geordneten Atomausstieg. Nun mutieren die gleichen Leute einmal mehr zu Nachhaltigkeitsaposteln, die günstige, grüne und digitale Spiele in einer weissen Bündner Winterlandschaft postulieren. Den Tatbeweis erbringen sie nicht, im Gegenteil. Ein paar Beispiele:

**Angela Casanova-Maron**, FDP Grossrätin und harte rechtsliberale Sparpolitikerin, insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich, für die Finanzen in der Kerngruppe Olympia der Dachorganisation der Bündner Wirtschaft zuständig, verrechnet mit den anderen Kerngruppenmitglieder fürstliche CHF 250.- pro Stunde vom Kanton Graubünden für ein geheimes «Grobkonzept». Ansonsten akribisch jeden staatlichen Ausgabenfranken prüfend, machen ihr die riesigen finanziellen Fragezeichen in der Olympiabotschaft offenbar keine Sorgen.



## Kant. Abstimmung am 12.2.2017: Olympiakandidatur Graubünden?

**Hanspeter Lebrument**, Verleger der SOMEDIA-Gruppe, verkündet, dass die Austragungsgemeinden hinter Olympia stehen, obwohl die von ihm exklusiv für die SOMEDIA-Journalisten/-innen geladenen «Gemeinde-Vertreter» dazu schlecht legitimiert sind. Die beiden Vertreter von St. Moritz und Davos haben nicht einmal ein politisches Amt. Am Folgetag bezeichnet Lebrument im Regionaljournal SRF1 die Geladenen tatsachenwidrig pauschal als «Gemeindepräsidenten und Sprecher aller Gemeinden». Auf eine entsprechende Frage im Regionaljournal meint er, dass seine Redakteure natürlich kritisch berichten dürften, es aber keine Gründe gegen Olympia in Graubünden gebe. Olympiakritiker/-innen, die immerhin die Abstimmung 2013 gewonnen haben, kommen in den SOMEDIA-Erzeugnissen kaum zu Wort.

**Heinz Dudli**, BDP Grossrat, Präsident der Bündner Handelskammer und des Arbeitgeberverbandes, reicht im August 2016 einen Vorstoss im Grossen Rat ein, der (tatsachenwidrig) die schlechte Finanzlage des Kantons beklagt, gleichzeitig für die Umsetzung der milliardenteuren USR III eine Tiefsteuerstrategie für Unternehmen und dazu ein Sparpaket für die normalen Steuerzahler fordert. Er verlangt in der SO vom 18. Oktober 2016 weniger Regulierung, und moniert fehlendes «unternehmerisches Denken im Parlament als Voraussetzung für unternehmerisches Handeln durch die

Regierung». Das teure staatliche Investitionsprogramm Olympia will aber auch er nicht missen.

**Jürg Michel**, Verbandsfunktionär, Direktor des Bündner Gewerbeverbandes, sieht im Bündner Tagblatt vom 30. September 2016 «aufoktroierte Rahmenbedingungen» für die Bündner Wirtschaft und nennt als Beispiel die in einer demokratischen Volksabstimmung erreichte Einschränkung des Zweitwohnungsbaus. Gleichzeitig soll aber Graubünden seine Zukunft in die Hände des IOC geben, das keinerlei demokratische Strukturen aufweist und permanent mit Skandalen und Korruptionsvorwürfen kämpft. Den Auftrag für die Pro-Kampagne für den 12. Februar 2017 haben die Bündner Wirtschaftsverbände übrigens nach Zürich an ein SVP-nahes Kampagnenbüro vergeben.

Das Positionspapier der SP Graubünden, mit dem wir mehr Licht ins nebulöse Dossier bringen wollen, ist hier zu finden: [www.sp-gr.ch/olympia](http://www.sp-gr.ch/olympia)

# Eidg. Abstimmung vom 27. Februar 2016



Silva Semadeni, SP-  
Nationalrätin

Der Parteivorstand  
der SP Graubünden  
fasste einstimmig die  
**JA-Parole.**

## Für den geordneten Atomausstieg

Von Silva Semadeni

Unsere AKW gehören zu den ältesten der Welt. Es ist Zeit, dass die Schweiz den Atomausstieg geordnet vollzieht. Er ergänzt und stärkt die kürzlich vom Parlament beschlossene Energiestrategie. Die bürgerlichen Politiker – auch die Bündner – haben mit ideologischer Sturheit verhindert, dass ein Ausstiegskonzept im Gesetz verankert wurde. Darum braucht es die Volksinitiative. Sie verlangt, dass die AKW nach 45 Jahren abgestellt werden. Ab 2017 gehen dann die drei ältesten und kleinsten AKW vom Netz. Die beiden leistungsfähigeren in Gösgen und Leibstadt würden bis 2024 resp. 2029 weiterlaufen. Machbar? Die SP sagt: machbar und notwendig.

## Notwendig

Beznau I steht seit März 2015 ausser Betrieb. Im sicherheitstechnischen Herzstück – in den Wänden des Reaktordruckbehälters – wurden 925 Schwachstellen gefunden. Und es soll trotzdem im nächsten Jahr wieder ans Netz? Auch bei andern Reaktoren kommt es immer wieder zu ungeplanten Abschaltungen. Die alten AKW werden gefährlicher. Was ein Atomunfall für die dicht besiedelte Schweiz bedeutet, kann man sich gar nicht vorstellen. Dieses Risiko wollen wir nicht in Kauf nehmen. Zudem: Die AKW werden immer teurer, hunderte Millionen verschwinden in Nachrüstungen. Für Stilllegung und

Entsorgung sind höhere Beiträge und Sicherheitszulagen nötig. Die unrentablen AKW sind zur Last geworden und gefährden auch die Wasserkraft und die Wasserzinsen. Nur die Berner Kraftwerke handeln konsequent: sie legen ihr altes AKW Mühleberg 2019 still.

## Machbar

Der schrittweise Ersatz des Atomstroms durch erneuerbare Energie bis 2029 ist möglich. Bereits heute erzeugen KEV-Anlagen so viel Strom wie ein AKW, doppelt so viele harren auf der Warteliste. So stehen erneuerbare Alternativen zum Atomstrom zunehmend im Inland zur Verfügung und, wenn nötig, auch im Ausland. Alleine Deutschland exportiert fast so viel erneuerbaren Strom, wie die Schweiz jährlich an Strom verbraucht. Blackouts oder Versorgungsengpässe sind, trotz Schwarzmalerei der Gegenseite, nicht zu befürchten. In Zukunft wird der Strom vermehrt dezentral aus erneuerbaren Quellen produziert, die Wasserkraftwerke im Berggebiet werden weiterhin dank Speicherseen und flexibler Produktion die Versorgungssicherheit garantieren, digitale Preissignale den Konsum effizient und «smart» regeln. Die unrentable, gefährliche, von Uranimporten aus Russland abhängige atomare Bandproduktion hingegen gehört der Vergangenheit an. Die Annahme der Volksinitiative ermöglicht den geordneten Atomausstieg und bringt Sicherheit und Fortschritt in der Energiepolitik.



**Hausverein**  
SCHWEIZ

Für umweltbewusste  
und faire  
EigentümerInnen

# Die Alternative zum Hauseigen- tümerversband

**Jetzt  
beitreten**

Mitgliedschaft  
bis Ende Jahr gratis

[www.hausverein.ch](http://www.hausverein.ch)

031 311 50 55

# Aus dem Grossen Rat



Sandra Locher Benguerel,  
Grossrätin und Präsidentin  
LEGR, Chur

## Bildungsabbau abgewehrt!

Von Sandra Locher Benguerel

Sparübungen sehen wir derzeit in fast allen Kantonen. Betroffen sind dabei auch die Bildungsausgaben, was zu Bildungsabbau führt. Bislang blieb der Kanton Graubünden davon verschont. In der Oktobersession des Grossen Rates stand nun aber ein parlamentarischer Auftrag zur Diskussion, der eine Teilrevision des Schulgesetzes verlangte. Die zentrale Forderung dabei war, Kostentreiber der Totalrevision des Schulgesetzes zu eruieren und geeignete Massnahmen für Kostensenkungen vorzulegen. Die Regierung war in ihrer Antwort nicht bereit, den Auftrag entgegen zu nehmen. Auch die SP-Fraktion warnte im Vorfeld der Session davor, den Auftrag zu überweisen.

Wir sind davon überzeugt, dass die Volksschule nicht als Kostentreiber, sondern als Mehrwert gesehen werden muss. Dank Mehrausgaben wird das neue Schulgesetz den aktuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen, anerkannten Führungsgrundsätzen, den Bedürfnissen der Sonderpädagogik sowie den geografischen und demografischen Anforderungen des Kantons Graubünden gerecht. Kanton und Gemeinden investieren damit in ein gesellschaftliches Standbein, denn die Qualität unserer Schule garantiert unseren Wohlstand. Und unsere Investitionen sind bescheiden. Ein Blick auf die aktuelle Erhebung des

Bundesamtes für Statistik zeigt, dass Graubünden beim Anteil der öffentlichen Bildungsausgaben an den Gesamtaufwendungen von Kanton und Gemeinden den letzten Platz belegt. Vor dem Hintergrund, dass bis zur Totalrevision des Bündner Schulgesetzes ein beträchtlicher Nachholbedarf an Bildungsinvestitionen in unserem Kanton aufgebaut wurde, würde Graubünden bei den geforderten Kostensenkungen erneut einen Investitionsstau auslösen.

Mit diesen Argumenten brachten sich Vertreterinnen und Vertreter der SP-Fraktion in die fast zweistündige Debatte ein, in welcher sich auch unser Regierungsrat Martin Jäger engagiert gegen die Überweisung aussprach. Der Rat lehnte die Überweisung mit 55 Stimmen bei 36 Gegenstimmen und drei Enthaltungen ab. Bemerkenswert dabei ist, dass sich bei der Abstimmung dasselbe Bild präsentierte wie anlässlich der ganzen Schulgesetzdebatte vor vier Jahren. FDP und SVP auf der einen Seite für weniger Bildungsausgaben; SP, CVP und BDP auf der anderen Seite. Dies zeigt: Wenn wir parteiübergreifend für unsere Volksschule einstehen, gelingt es, Mehrheiten zu Gunsten einer guten Schule zu erreichen. Diese Abstimmung dürfen wir als positives Zeichen der Bündner Volksschule und allen daran Beteiligten gegenüber werten.



# Mitbestimmungsinitiative

## MBI – Die Mitbestimmungsinitiative der JUSO Graubünden

Von Ewa Bender und Pascal Pajic

An der Generalversammlung im März letzten Jahres beschloss die JUSO Graubünden, ein eigenes kantonales Projekt zu lancieren. Es entbrannte eine produktive und konstruktive Diskussion um mögliche Themen, Initiativ- und Kampagnenideen.

Sechs unterschiedliche Vorlagen zu den verschiedensten Themen (drei Initiativ- und drei Kampagnenvorschläge) gelangten am Ende in die engere Auswahl. Von diesen sechs unterschiedlichen Vorschlägen wurde schliesslich das Initiativprojekt «kantonales Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen» ausgewählt. Der Startschuss unserer Initiative war gefallen. Im Anschluss machte sich eine interne Arbeitsgruppe daran, die Initiative zu entwerfen, zu planen und umzusetzen. In vielen Stunden der Diskussion, Planungsarbeit und in langen Sitzungen gewann unsere Initiative immer mehr an Gestalt und nahm Form an. Schliesslich lancierten wir an der Vollversammlung vom 2. September unser Projekt: Die Mitbestimmungsinitiative ist das Resultat. Sie verlangt, allen niedergelassenen AusländerInnen, welche seit insgesamt fünf Jahren im Kanton Graubünden leben, das Stimm- und Wahlrecht zu erteilen.

## Demokratiedefizit überwinden

In Graubünden leben knapp 17'000

niedergelassene AusländerInnen, deren Lebensumstände sich nicht von denen der SchweizerInnen unterscheiden. Auch sie arbeiten im Kanton, planen ihre Zukunft hier, haben Bedürfnisse und fühlen sich verwurzelt. Ihre politische Situation ist jedoch demokratisch nicht zu rechtfertigen. Die Verpflichtung zur Einhaltung der Gesetze und der Akzeptanz politischer Herrschaft beruht auf der Möglichkeit zur gleichberechtigten Mitbestimmung im Gemeinwesen. Ihr Leben wird auf die gleiche Weise wie unseres von der kantonalen Politik tangiert. Sie müssen jeglichen Leistungsabbau ebenso erdulden wie wir. Partizipieren dürfen sie dennoch nicht. Aber auch AusländerInnen sollten als Teil unserer Gesellschaft, als in unserer Mitte lebende Mitmenschen darüber entscheiden dürfen, was in dieser geschieht.

## Mit den Pflichten auch die Rechte

Niedergelassene AusländerInnen müssen jährlich dieselbe Steuererklärung ausfüllen wie SchweizerInnen. Sie dürfen aber nicht entscheiden, was schliesslich mit diesen Steuern geschieht. Sie bezahlen im selben Masse, also sollten sie auch dementsprechend davon profitieren dürfen. Zudem ist es auch eine gewisse Pflicht der BürgerInnen das Mitspracherecht zu nutzen und dadurch dieses der Zeit anzupassen. Die Situation ist alarmierend: Menschen, die seit Jahrzehnten hier leben, arbeiten, Steuern zahlen, ihre Pflichten



Ewa Bender, Co-Präsidentin JUSO GR, Bonaduz

Für weitere Informationen:  
[www.mitbestimmungsinitiative.ch](http://www.mitbestimmungsinitiative.ch)





Pascal Pajic, Co-Präsident  
JUSO GR, Chur

Ausgefüllte (auch teilweise) Initiativbogen bitte zurücksenden an:

**JUSO Kanton GR**  
**Postfach 333**  
**7000 Chur**

erfüllen, zum Gemeinwohl beitragen und verwurzelt sind, haben keinerlei politischen Rechte, weil ihr Pass – also ein blosses Stück Papier – eine andere Farbe hat, als der Schweizer Pass. Diese Ungerechtigkeit müssen wir endlich beenden! Mit der Inklusion von AusländerInnen ermöglichen wir eine nachhaltige Entwicklung der Demokratie.

### **Integration fördern**

Das Stimm- und Wahlrecht sollte nicht erst am Ende der Integration, nach der Einbürgerung, stehen, sondern als Katalysator dieser gesehen werden. Erstens ist die Beantragung des Schweizer Bürgerrechts an eine Gebühr gebunden, die für viele nicht erschwinglich ist. Zweitens würde das Recht auf Mitbestimmung als Zeichen der Einbindung und Wertschätzung den Willen zur Integration stärken. Nur mit einer inklusiven und offenen Politik, welche bereits verwurzelte Mitmenschen willkommen heisst anstatt sie zu stigmatisieren und zu Feindbildern zu erheben, kann echte Integration geschehen. Den Weg in unsere Mitte und in unsere Gesellschaft können Menschen nur finden, wenn wir es zulassen – Integration ist keine Einbahnstrasse, der Effort muss von beiden Seiten kommen und hier ist ganz klar auch die Schweizer Bevölkerung in der Pflicht.

### **Würdigung der MigrantInnen**

Für Innovation sowie Entwicklung war und ist die Bündner Wirtschaft auf MigrantInnen jeglicher berufli-

cher Qualifikation angewiesen. Sie tragen mit ihrer Arbeit zur Stärkung des Kantons bei und somit auch zur Situation der Einheimischen. Es ist an der Zeit diesen Personen nicht nur Bedingungen für ihre Aufenthaltsbewilligungen zu stellen, sondern mit dem Recht auf Mitbestimmung auch entgegenzukommen. Unsere Gesellschaft soll von der Vielfalt und der Buntheit leben – davon profitiert der gesamte Kanton.

Gemeinsam wollen wir jetzt also mehr Demokratie wagen. Bitte hilf auch du uns dabei, denn du kannst uns ganz leicht unterstützen: in diesem Concret liegt ein Initiativbogen, fülle den aus und sende ihn uns zurück! Die Adresse findest du nach Ende dieses Textes. Das Stimm- und Wahlrecht für Niedergelassene ist, wie einst das Frauenstimmrecht, längst überfällig. Setzen wir deshalb ein visionäres Exempel für die gesamte Schweiz und ermöglichen niedergelassenen AusländerInnen das Recht auf Abstimmung und Wahl!



# Die Concret-Redaktion in eigener Sache

## Jetzt das Concret unterstützen!

Von Silvia Modalek und Lukas Horrer

## Liebe Concretleserinnen und Concretleser

Eure Rückmeldungen zeigen es uns immer wieder: Das Concret ist beliebt und wird gern gelesen. Vier Mal im Jahr informieren wir euch über Abstimmungen und weitere Themen, die die SP Graubünden bewegen.

Die Finanzsituation des Concrets ist aber leider nicht deckungsgleich mit den positiven Rückmeldungen. Die Verluste haben in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Wie aus der Abbildung unten hervorgeht, betragen die Verluste in den Jahren 2003 bis 2011 durchschnittlich rund 2000 Franken im Jahr. Seit 2012 beträgt der Verlust durchschnittlich 4500 Franken im Jahr. 2016 budgetierten wir gar mit einem Verlust von mehr als 7000 Franken.

Gewinne muss das Concret keine machen. Das Concret ist eine «Leistung» der SP Graubünden für die Mitgliedschaft und weitere Interessierte – Verluste werden darum auch in Kauf genommen. Ein Verlust von mehr als 7000 Franken belastet aber die Parteifinanzen stark. Das gilt insbesondere in Zeiten, wo wichtige und kostenintensive Abstimmungen (Olympia) oder Wahlen (z.B. die kommenden kantonalen Wahlen 2018) bevorstehen.

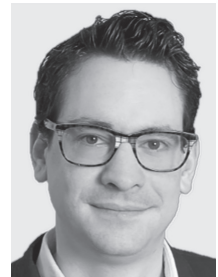
Im Namen der Concret-Redaktion danken wir euch einerseits für die Treue und andererseits bitten wir euch darum, den Abo-Beitrag zu bezahlen. Jeder Franken, der beim Concret nicht als Verlust anfällt, kann in starke Abstimmungs- und Wahlkampagnen und unser Engagement für alle statt für wenige investiert werden. Die Geschäftsleitung der SP Graubünden und die Concret-Redaktion zählen auf euch!

Der Abo-Beitrag kann mit beiliegendem Einzahlungsschein oder ganz einfach per e-banking überwiesen werden.

Danke für die wertvolle Unterstützung!



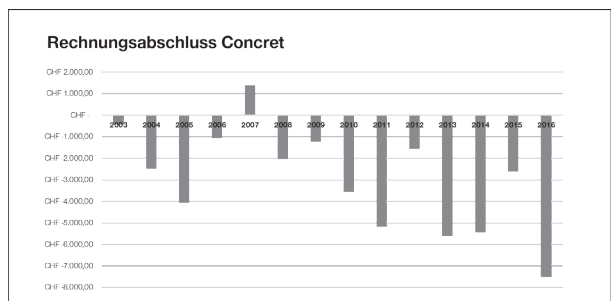
Silvia Modalek, Mitglied der Concret-Redaktion, Trin



Lukas Horrer, Parteisekretär der SP Graubünden & Mitglied der Concret-Redaktion

### Abo-Beiträge

- 10 Franken pro Jahr – Mindestpreis für die Kostendeckung
- 25 Franken pro Jahr – Unterstützungsbeitrag





v.l.n.r. Beat Nigg, Anita Cafilisch Müller, Leila Puskar, Sibilla Stolz, Enea Baselgia, Laura Lutz, Martijn van Kleef, Fadri Guetg.



Enea Baselgia, Gemeinderat Domat/Ems

## Gemeinderatswahlen in Domat/Ems: Die SP tritt mit einer starken und vielfältigen Liste an.

Von Enea Baselgia

Enea Baselgia (bisher), Martijn van Kleef (bisher), Anita Cafilisch Müller, Laura Lutz, Lejla Puskar, Sibilla Stolz, Beat Nigg, Fadri Guetg treten für die SP Domat/Ems mit der Listennummer 3 zu den Gemeinderatswahlen an.

Unsere Liste zeichnet sich durch ihre Vielfaltigkeit aus. Auf ihr haben sich Personen aus unterschiedlichsten Berufen, Lebenslagen und Kulturen zusammengefunden. Weiter ist die Liste bezüglich Geschlecht und Alter ausgeglichen. Darauf sind wir stolz. Mit ihren starken Kandidatinnen wollen wir denn auch dem tiefen Frauenanteil im Emser Gemeinderat entgegenwirken. Mit etablierten und frischen, mit bekannten und neuen Köpfen streben wir bei diesen Wahlen einen Sitzgewinn an. Wir sind überzeugt, dass die Chance für einen Sitzgewinn mit unserer starken Liste intakt ist.

Gemeinsam wollen wir uns für ein fortschrittliches, gerechtes und zukunfts-

fähiges Domat/Ems einsetzen. Dieses Engagement hat unsere Partei in der Vergangenheit unter Beweis gestellt. Unter der Führung der SP-Gemeindepräsidentin Beatrice Baselgia konnten in Domat/Ems grosse Herausforderungen gemeistert werden. Die Industriebranche auf dem Sägereiareal wird einer hochwertigen Industriezone weichen und die Gefahren der Rufe Val Parghera werden mit den definitiven Schutzbauten eingedämmt. Heute ist die Gemeinde Domat/Ems finanziell gesund, gut aufgestellt und fit für die Zukunft. Gemeinsam wollen wir den erfolgreichen Weg auch in Zukunft fortsetzen. Wir wollen sicherstellen, dass gut leben in Domat/Ems auch in Zukunft möglich bleibt.

### Liste 3 SP Domat/Ems:

**Enea Baselgia**, bisher Wissenschaftlicher Mitarbeiter SGB, Student MA Politische Ökonomie (Unilu)

**Martijn van Kleef**, bisher Primarlehrer

**Anita Cafilisch Müller** Hausärztin, selbstständig

**Laura Lutz**, Primarlehrerin

**Lejla Puskar**, Fachfrau Gesundheit

**Sibilla Stolz**, Familienfrau

**Beat Nigg** Rehathechniker

**Fadri Guetg** Student Maschineningenieur ETH

# SCHON DABEI?

**Beim Mieten und Wohnen**  
können Sie mit dem MV rechnen!

**Wir setzen uns für die Rechte der  
Mieterschaft und für mehr  
bezahlbaren Wohnraum ein!**

**Mitglieder profitieren:**

- **Rechtsberatung (gratis)**
- **Rechtshilfe**
- **Haftpflichtversicherung**

Mitglieder erhalten zudem regelmässig unsere Zeitschrift „Mieten&Wohnen“ mit interessanten Informationen zum Mietrecht und zu aktuellen mietpolitischen Fragen.

**Mit Fr. 77.-/Jahr sind Sie dabei!**

**MV**



Mieterinnen- und  
Mieterverband  
Graubünden

**Infos und Anmeldung unter**  
[www.mieterverband.ch/mv-gr](http://www.mieterverband.ch/mv-gr)



Lukas Horrér, Präsident  
MieterInnenverband GR,  
Chur

Die vollständige Eingabe  
des Mieterverbandes  
kann unter [www.mieterverband.ch/gr](http://www.mieterverband.ch/gr)  
heruntergeladen werden.

## Keine gute Stadtentwicklung

Von Lukas Horrér

Fortschrittliche Stadtpolitik braucht gute Stadtentwicklung. Der vorgelegte Arealplan «Chur West» ist nicht gut. In seiner Eingabe forderte der Mieterverband, dass nachgebessert wird:

### 1. Bezahlbarer Wohnraum

Die einzelnen Teilgebiete wurden so definiert, dass die Stadt in jedem Quartier über Grundeigentum verfügt. Dieses gewichtige Pfand muss sie für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum nutzen. Ein Mindestanteil an Wohnungen, die zur Kostenmiete vermietet werden, ist festzuschreiben. Mit der Kostenmiete werden nur die anfallenden Kosten erwirtschaftet und keine Renditen für Aktionäre o.Ä. Darum gewährleistet sie zahlbare Wohnungen. Die Stadt hat es bereits verpasst, die Mehrwerte (durch Aufzoning) abzuschöpfen. Als grosse Grundeigentümerin wäre es aus finanzpolitischer Sicht sträflich, wenn auch noch keine gemeinnützigen Wohnungen in Chur West realisiert werden würden. Ein Immobilieneldorado bringt kurzfristige Gewinne bei wenigen Investoren, die Stadt und ihre Bevölkerung hat daraus aber keinen Mehrwert.

### 2. Mehr Wettbewerb

Damit in Chur West wenigstens im nächsten Planungsschritt ein echter Wettbewerb der Ideen möglich wird und über unterschiedliche Alternativen diskutiert werden kann, ist die

Pflicht zum qualifizierten Verfahren bei der Quartierplanentwicklung genauer zu definieren. Ohne übergeordneten Wettbewerb muss mindestens eine Wettbewerbspflicht zur Entwicklung der einzelnen Teilgebiete resp. des Quartierplans vorgeschrieben werden.

### 3. Klare Kriterien

Das Amt für Raumentwicklung hat der Stadt empfohlen, einen klaren Kriterienkatalog für die Entwicklung der Quartierpläne im Arealplan festzuschreiben. Der Stadtrat will davon absehen. Das ist unverständlich, denn bei entsprechender Formulierung gibt man dadurch kaum Gestaltungsspielraum aus der Hand. Dafür hätte man Gewähr, dass alle Quartierpläne übergeordneten und für das Areal zweckdienlichen Kriterien genügen. Letztere müssen neben städtebaulichen Festlegungen, verkehrsplanerischen Anforderungen, der Beziehung zur bestehenden Umgebung usw. auch Vorgaben zu bezahlbarem beinhalten.

### 4. Fehlende Transparenz

Dass der Arealplan auch noch mitten in den Sommerferien mit einer Frist von 30 Tagen und ohne Informationsveranstaltung öffentlich aufgelegt wird, grenzt an eine Frechheit. Darum wäre es begrüssenswert, wenn der Stadtrat den Arealplan dem Gemeinderat zum Beschluss vorlegt. Er ist per Gesetz nicht dazu verpflichtet, aber es wäre ein Zeichen der Transparenz und des Willens zu einer breiteren Abstützung.



# Regierung plant weitere Steuersenkungen für Grossunternehmen

## Einseitige Steuerpolitik für Grossunternehmen!

Von Philipp Wilhelm

Die Bündner Regierung will Steuergeschenke für Grossunternehmen und Aktionäre. Das ist einseitige Privilegienpolitik für wenige, KMU und Normalverdienende bleiben aussen vor.

Mit der Präsentation des Budget 2017 konnte die Regierung eine solide Finanzlage des Kantons Graubünden präsentieren. Gerade für die SP ist es wichtig, dass sorgsam und vorausschauend mit den Kantonsfinanzen umgegangen wird. Es ist aber schlicht unverständlich, dass bürgerliche Parteien immer wieder nach Abbauprogrammen rufen. Noch in der Herbstsession wollte FDP-Grossrätin und Olympia-Turbo Angela Casanova den Bündner Volksschulen eine Sparrevision aufzwingen. Dank dem Widerstand der SP Graubünden konnte der geforderte Bildungsabbau verhindert werden.

## Einseitige Privilegienpolitik

Die erfreuliche Finanzlage des Kantons lässt fragen, wie die ganze Bevölkerung davon profitieren könnte. Die SP Graubünden fordert zum Beispiel Mehrausgaben in der Kulturpolitik und einen Bündner Einheimischtarif. Wichtig wäre aber auch eine Stärkung der Kaufkraft der Wenig- und Normalverdienende, etwa durch eine faire Steuerreform, durch die Einkommen entlastet und dafür Vermögen mehr besteuert werden. Was aber macht

die Bündner Regierung? Sie will die Steuerfüsse für die juristischen Personen senken. Damit schiebt die Regierung ausgerechnet denjenigen Unternehmen Geschenke zu, deren Branchen wirtschaftlich ohnehin am besten dastehen. Profitieren werden nämlich wenige Grossunternehmungen im Bündner Rheintal und deren Grossaktionäre. Bündner KMUs aber zahlen praktisch keine Gewinnsteuern. Sie haben nichts von den regierungsrätlichen Steuergeschenken, genauso wie die Normalverdienenden bleiben sie aussen vor. Und übrigens: Auch in den Regionen wird kaum jemand von diesen Geschenken profitieren.

## Undemokratisches Vorpreschen

Stossend sind aber nicht nur die einseitigen Steuergeschenke für wenige, sondern auch die Tatsache, dass die Regierung damit wohl einen ersten Schritt in Richtung Umsetzung der Unternehmenssteuerreform 3 (USR III) vornehmen will. Denn über diese unausgewogene Reform hat das Schweizer Stimmvolk noch gar nicht abgestimmt. Mit Blick auf wichtige Investitionen und eine mögliche Entlastung der breiten Bevölkerung in Graubünden sollte sich die Regierung besser gegen diese schädliche und überladene Vorlage USR III wehren, statt sie in vorseilendem Gehorsam bereits vor dem Volksentscheid, also ohne demokratische Legitimation, umsetzen zu wollen.



Philipp Wilhelm, Präsident  
SP Graubünden, Davos

# Leute: Franco Vassella



Franco Vassella,  
Poschiavo

Francesco Vassella ist SP-Grossratsstellvertreter und Consigliere comunale (Energie, infrastrukturen und umgebung), er lebt in Poschiavo.

**Concret: Franco, du sitzt für uns im Consiglio comunale der Gemeinde Poschiavo, also in der Exekutive. Welche Themen beschäftigen euch am meisten?**

Franco Vassella: I temi che ci impegnano maggiormente sono parecchi. In prima linea è da menzionare il problema delle finanze. La situazione in cui si trova Repower ci ha complicato di parecchio la gestione finanziaria del Comune. La pianificazione locale con la legge edilizia, la gestione dei rifiuti, la riorganizzazione dell'impresa elettrica comunale, lo sviluppo del settore turistico sono i temi che attualmente ci occupano regolarmente. Per correttezza preciso che nel Consiglio comunale rappresento il Movimento PoschiavoViva di cui il Partito Socialista Valposchiavo fa parte.

**Das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative in Poschiavo ist zur Zeit schwierig ...**

La situazione che abbiamo tra il legislativo e l'esecutivo non è delle migliori. Nell'esecutivo non sono rappresentati due partiti politici che però nel legislativo rappresentano il 50% dei voti. Questo significa un maggior impegno nel cercare delle soluzioni condivise. Personalmente vivo questa situazione con preoccupazione perché sento in diverse occasioni una mancanza di fiducia nel lavoro svolto dall'esecutivo.

**Du durftest in den letzten Sessionen als Grossratsstellvertreter nach Chur. Welche Anliegen willst du auf kantonaler Ebene einbringen?**

Con piacere ultimamente ho potuto essere presente più volte in Gran Consiglio. Innanzitutto voglio sottolineare come mi sono trovato a mio agio nella frazione socialista. Ho fatto le mie esperienze e iniziato a capire come funziona esattamente la politica cantonale (lentamente). Sembra banale ma gli argomenti che desidererei portare sono i problemi delle zone periferiche: decentralizzazione dei posti di lavoro, difesa della nostra cultura e dei servizi pubblici; e sempre con un occhio di riguardo ad un sviluppo sostenibile.

**Wie schätzt du die Stellung der Italianità im Bündner Politbetrieb ein? Erhält sie genug Gehör?**

Vivo l'Italianità nella politica grigionese con inquietudine. Se percepisco un notevole impegno del Governo e da una parte del Gran Consiglio per salvaguardare l'Italianità, dall'altra vedo aumentare sempre di più la pressione di chi vuole favorire l'inglese a scapito della lingua italiana. Sono convinto che sarà una lotta continua, non ne va solo della lingua italiana ma di tutta

## Parolen der SP GR zu den Abstimmungen vom 27. November 2016

### Eidg. Vorlagen:

Initiative für einen geordneten  
Atomausstieg **JA**

### Jahresbeitrag concret

Das Concret ist handlich und informativ und erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Die Rückmeldungen sind meistens positiv, dafür bedankt sich die Redaktion ganz herzlich. Damit wir das Concret weiterhin herausgeben und euch weiterhin mit Berichten und Infos zur SP und der Bündner Politik bedienen können, sind wir auf eure finanzielle Unterstützung angewiesen. Der Mindestpreis für die Kostendeckung beträgt Fr. 10 pro Jahr, Unterstützungsbeitrag ist Fr. 25. Jene, die den Jahresbeitrag 2016 noch nicht bezahlt haben, bitten wir darum, das nachzuholen. Bitte den beigelegten Einzahlungsschein benutzen oder per e-banking einzahlen. Herzlichen Dank für die Unterstützung!

### Parteitag der SP Schweiz in Thun

Der Parteitag der SP Schweiz findet dieses Jahr am 3./4. Dezember in Thun statt. Jede Sektion hat Anspruch auf mind. eine Delegiertenstimme. Möchtest du am Partei-

tag teilnehmen? Dann melde dich beim Sekretariat an ([info@sp-gr.ch](mailto:info@sp-gr.ch)). Die Themen des Parteitages werden das Projekt «Zukunft SP» (Statuten-Revision und Finanzen) und ein Papier zur Wirtschaftsdemokratie sein. Auch die SP Graubünden hat sich mit Anträgen eingebracht.

### Jetzt unterschreiben: Für mehr Transparenz in der Politik und für einen Vaterschaftsurlaub

Zurzeit laufen die Unterschriftensammlungen für die Transparenz-Initiative, die im Concret 3/2016 vorgestellt wurde. Ebenfalls läuft die Unterschriftensammlung für die Vaterschaftsurlaubs-Initiative, die von der SP unterstützt wird. Informationen zu den beiden Initiativen und Unterschriftenbögen zum Herunterladen sind unter [www.sp-gr.ch](http://www.sp-gr.ch) oder [www.sp-ps.ch](http://www.sp-ps.ch) zu finden.

### Impressum

Herausgeber:  
SP Graubünden  
Concret  
Postfach 561  
7001 Chur

4/2016

### [www.sp-gr.ch](http://www.sp-gr.ch)

[info@sp-gr.ch](mailto:info@sp-gr.ch)  
Telefon 081 284 91 00  
Fax 081 284 91 01  
PC - Kto. 90-147531-1

Redaktion: Lukas Horrer  
(Redaktionsleitung),  
Stefan Grass, Silvia Modalek,  
Andri Perl  
Versand: Peter Montigel,  
Christian Brassler & Team

Layout: Urs Bütikofer  
Druck: Selva Caro Druck AG,  
Flims  
Erscheint 4 x jährlich

Redaktionsschluss 1/2017:  
6. Januar 2017